



Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 119. Jahrgang, Nr. 276

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 · Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 · Fax Inserate (075) 237 51 66
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71 E-Mail-adresse / flvobla@flvobla.LOL.li · Internet-Adresse: http://www.loi.li/Volksblatt



JUGEND-EXTRA

Gestörtes Essverhalten

Nur sechs von zehn Jugendlichen sind normalgewichtig und im Ernährungsverhalten unauffällig. Seite 7



LETZTE SEITE

Brände wüten in Australien

Ausser Kontrolle geratene Waldbrände wüten derzeit in den Randgebieten von Sydney. Seite 16

TAGESSCHAU

Regierung zu Besuch in St. Gallen

Gestern nachmittag weilte die liechtensteinische Regierung zu Besuch bei der st. gallischen. Bei diesem traditionellen Besuch, den sich beide Regierungen regelmässig abtasten, wurden gemäss Regierungschef Mario Frick folgende Themen erörtert: Verkehrsproblematik und die Zusammenarbeit in der dazu neu gegründeten Arbeitsgruppe, Vereinbarungen der Gemeinden im Sozialbereich, Stand der Sanierung der LKK, Fachhochschulen und Zusammenarbeit im Bildungsbereich sowie Erfahrungsaustausch im Bereich der öffentlichen Aufträge.

3,5 Mio zuviel an Subventionen

Im Mai 1997 hat der Landtag eine Interpellation mit verschiedenen Fragen betreffend ungerechtfertigt bezogene Subventionen von Krankenkassen eingereicht. Die Regierung hat die aufgeworfenen Fragen geprüft und die Interpellationsbeantwortung zuhanden des Landtags verabschiedet. Die Abklärungen des Amtes für Volkswirtschaft hatten ergeben, dass vier Krankenkassen von 1990 bis 1995 insgesamt rund 3,5 Mio. Franken zu viel an Subventionen bezogen. Seite 2

Tag der Behinderten

Die UNO-Vollversammlung hat im Oktober 1992 in einer Resolution festgehalten, dass inskünftig der 3. Dezember als Internationaler Tag der Behinderten begangen werden soll. Im Vordergrund steht dabei, wie die Regierung gestern in einer Pressemitteilung schreibt, die Botschaft, dass Personen mit Behinderungen in ihrer Würde und in ihrer Freiheit vollwertige Mitglieder der Gesellschaft sind. Die Integrität der Person ist unantastbar, Behinderte wie Nicht-Behinderte können gleichermassen die vollständigen Menschenrechte der UNO-Konvention beanspruchen. Seite 4

Südkorea schliesst neun marode Banken

Als erste Reaktion auf die schwere Finanzkrise hat Südkorea am Dienstag neun marode Banken vorübergehend geschlossen. Die Regierung in Seoul demonstrierte mit diesem Schritt Entgegenkommen in den schwierigen Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über einen Notkredit in Milliardenhöhe. Das seit Tagen verhandelte Darlehen wurde aber auch am Dienstag noch nicht unter Dach und Fach gebracht, da Südkorea sich dem Vernehmen nach weiterhin gegen Teile der strengen IWF-Auflagen sträubte. Seite 9

Kein guter Auftakt

Schwerer Start Liechtensteins beim Kleinstaatenturnier in Monaco. Nach vier Runden liegt die Mannschaft an achter Stelle der Zwischenrangliste. Es resultierten ein Sieg gegen Aruba und drei Niederlagen gegen Malta, Andorra und Monaco 2. Das 3. Kleinstaatenturnier in Monte Carlo dauert vom 28. November bis zum 6. Dezember. Seite 13

Holocaust-Fonds lanciert

Die USA und Grossbritannien wollen zusammen rund acht Millionen Franken in einen internationalen Fonds für Naziopfer zahlen. Der britische Aussenminister Robin Cook und US-Staatssekretär Stuart Eizenstat überraschten am Dienstag mit der Zusage, dass sie Startbeiträge von umgerechnet 2,4 beziehungsweise 5,7 Millionen Franken an einen internationalen Fonds zur Unterstützung der Opfer der Nazi-verfolgung leisteten. Seite 15

Überrascht über Erzbistum

Bischof Wolfgang Haas wird Erzbischof eines neuen Bistums Liechtenstein



Bischof Wolfgang Haas (Bildmitte) wurde von Chur abberufen und zum Erzbischof von Vaduz ernannt. Dies löste auch in Liechtenstein Überraschung aus. (Archivbild)

Die Erhebung des Fürstentums Liechtenstein zum Erzbistum, die gestern von der Regierung bekanntgemacht wurde, löste Überraschung aus. Auf nicht ungeteilte Zustimmung stiess die Entscheidung des Vatikans, dass der neue Erzbischof Wolfgang Haas heissen würde.

Die Meldung aus dem Vatikan, dass Papst Johannes Paul II. das Fürstentum Liechtenstein zum neuen Erzbistum Vaduz gemacht und Wolfgang Haas, den bisherigen Bischof von Chur, zum ersten Erzbischof von Vaduz ernannt hat, löste gestern grosse Überraschung aus. Von Überraschung sprachen Fürst Hans Adam II. und die Regierung, Dekan Franz Näscher und viele Katholiken. Der Beschluss des Vatikans ist nach Angaben von Regierungschef Mario Frick ohne vorherige Absprache mit der Regierung erfolgt. Allerdings unterstrich er gleichzeitig,

dass die Regierung die autonomen Entscheidungen der katholischen Kirche achte. Auch Fürst Hans-Adam II. zeigte sich überrascht über den Entscheid, bezeichnete die Errichtung einer Erzdiözese Vaduz aber als «rein innerkirchlichen Vorgang». Als Staatsoberhaupt, das sich für eine Trennung von Kirche und Staat einsetze, stelle er sich auf den Standpunkt, dass die Entscheidung zu akzeptieren sei. Bischof Wolfgang Haas selbst äusserte sich in einer Stellungnahme dahingehend, dass er «diese Entscheidung des Heiligen Vaters vertrauensvoll angenommen» habe. «Getragen vom Glauben unserer Kirche», schrieb er in seiner Aussendung, «ist es mein Bestreben, auch hier und jetzt den Willen Gottes zu erkennen und im Geiste des Gehorsams meine Verfügbarkeit zu leben.» Von der Entscheidung Roms wurden auch die Repräsentanten der Ortskirche überrascht. Dekan Franz Näscher hielt fest, dass Rom «ohne vorherige Rücksprache mit dem Dekanat»

entschieden habe. Welche Konsequenzen die Errichtung eines Erzbistums Vaduz für Liechtenstein und die Kirche habe, ist nach seinen Worten noch nicht ersichtlich. In gleicher Weise äusserte sich Regierungschef Mario Frick an einer Pressekonferenz im Regierungsgebäude, der in seiner zurückhaltenden Erklärung immerhin durchschimmern liess, dass er sich ein «anderes Prozedere» hätte vorstellen können. Nach den Ausführungen des Regierungschefs gibt es eine Reihe von Fragen kirchenrechtlicher und staatsrechtlicher Art, die in nächster Zeit geklärt werden müssten. Konkret wollte er sich allerdings weder zu einem noch zur anderen Frage äussern. Spontane Stellungnahmen von Katholiken zeigten gestern, dass dem Vatikan eine grosse Überraschung gelungen ist. Dabei stand der Name Wolfgang Haas mehr im Mittelpunkt der Diskussionen als die Neubildung des Erzbistums Vaduz. Günther Meier Mehr darüber auf den Seiten 3 und 5.

KOMMENTAR

Überraschungsspiel

Überraschung hat die Entscheidung Roms, den umstrittenen Bischof von Chur, Wolfgang Haas, zum Erzbischof für das neugebildete Erzbistum Vaduz zu ernennen, zweifellos ausgelöst. Die Entscheidung von Papst Johannes Paul II. nahm Regierungschef Mario Frick zum Anlass, um an einer Pressekonferenz seine persönliche Überraschung und die Überraschung für die Regierung zu deponieren. Allerdings war die Regierung von diesem Schritt bereits am vergangenen Freitag informiert worden, womit zumindest für den Regierungschef der Überraschungseffekt nicht bis gestern hätte anhalten müssen. Das Spiel mit der Überraschung gab dem Regierungschef jedoch die Möglichkeit, auf alle Fragen an der Pressekonferenz stereotyp zu antworten, dass diese Aspekte zuerst noch geprüft und abgeklärt werden müssten. Dass in einer solch heiklen Angelegenheit nicht einfach spontane Antworten gegeben werden können, leuchtet ein, doch bestand eine Zeitspanne von mindestens vier Tagen, um die notwendigsten Fragen abzuklären. Wenn eine Reihe von kirchenrechtlichen und staatsrechtlichen Probleme vorhanden sind, wie der Regierungschef ausführte, dann hätten Fachleute in dieser Zeit durchaus erste Gutachten oder Stellungnahmen erarbeiten können. Offensichtlich liegt der Regierung sehr daran, mit dem Überraschungseffekt zu spielen, als konkrete und sachliche Informationsarbeit zu leisten. Die Bevölkerung, die in erster Linie von der Regierung, nicht von der Kirche über die Neuerungen informiert wird, hat ein Anrecht auf fundierte Informationen. In welche Richtung die Entscheidung Roms gehen würde, hatte die Regierung schliesslich nach Einschaltung von Prinz Nikolaus als Vertreter Liechtensteins beim Heiligen Stuhl erfahren. Ausserdem bestanden Kontakte zwischen Regierungschef Frick und Bischof Wolfgang Haas. Günther Meier

Budgetrückweisung abgelehnt

Ständerat begann Budgetdebatte - Hoffen auf Haushaltsziel

BERN: Der Ständerat hat am Dienstag die Rückweisung des Budgets 1998 mit einem Rekorddefizit von fast acht Milliarden Franken an den Bundesrat abgelehnt. Eine solche Straffaktion binde nur Kräfte, die besser für das Sparpaket verwendet werden, hiess es. Genehmigt wurden Leistungsauftrag und Budget 1998 der SBB.

Der Bund rechnet nächstes Jahr bei Einnahmen von 38,9 Milliarden Franken und Ausgaben von 47,7 Milliarden Franken mit einem Defizit von rund acht Milliarden Franken. Hauptursache des Rekorddefizits ist die einmalige Doppelbelastung durch den Systemwechsel

bei der SBB-Infrastrukturabgeltung (1,8 Milliarden Franken). Das Nein des Volkes zu den Sparmassnahmen und die Arbeitslosigkeit schrauben die Leistungen des Bundes an die Arbeitslosenversicherung (ALV) um 590 Millionen Franken auf 2,2 Milliarden Franken, und das Investitionsprogramm erforderliche Zahlungen von rund 140 Millionen Franken. «Das Budget ist die Rechnung für die unter dem Jahre getroffenen Beschlüsse und kein Steuerungsinstrument wie in der Privatwirtschaft», erklärte Kurt Schüle (FDP/SH) den misslungenen Versuch der Finanzkommission, wenigstens die Zusatzbelas-

tung bei der ALV durch Einsparungen an anderen Orten zu kompensieren. Die Kommission fand nur 150 Millionen, mehr hätte den Bereich der Auslandsbeziehungen und der Investitionen getroffen, wie Schüle sagte. Monika Weber (LdU/ZH) verlangte Rückweisung mit dem Auftrag, den Ausgabenüberschuss im Hinblick auf das Haushaltsziel 2001 - Ausgleich der Rechnung des Bundes - auf sieben Milliarden zu drücken. «Das Parlament macht sich lächerlich, wenn es jetzt dem Budget und am Donnerstag dem Haushaltsziel zustimmt, von dem es genau weiss, dass es nicht erreicht wird», sagte sie.

SPD stärkt Lafontaine

HANNOVER: Mit einem überwältigenden Vertrauensvotum für Oskar Lafontaine hat die SPD ihrem Vorsitzenden am Dienstag auf dem Parteitag in Hannover demonstrativ den Rücken gestärkt. 463 Delegierte, 93,2 Prozent der gültigen Voten, stimmten für die Wiederwahl des 54-jährigen, der die Partei seit zwei Jahren führt. Zuvor hatte Lafontaine in einer mit begeistertem Beifall bedachten Rede seine Vision einer erneuerten Sozialdemokratie entworfen und die Partei auf einen Regierungswechsel in Bonn im kommenden Jahr eingeschworen. Lafontaine dankte dem Parteitag für das grosse Vertrauen und rief zu Gemeinsamkeit auf.